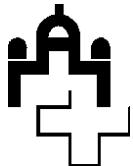


Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegli naziunal



- 
- |               |          |  |
|---------------|----------|--|
| <b>12.463</b> | <b>n</b> | <b>Pa. Iv. (Poggia) Golay. Privatklägerschaft im Strafprozess.<br/>Schliessung einer Gesetzeslücke</b>                           |
| <b>12.492</b> | <b>n</b> | <b>Pa. Iv. (Poggia) Golay. Zulassung zum Bundesgericht. Beseitigung der<br/>ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von Opfern</b> |
| <b>12.495</b> | <b>n</b> | <b>Pa. Iv. Jositsch. Untersuchungshaft bei qualifizierter<br/>Wiederholungsgefahr</b>  |
| <b>12.497</b> | <b>n</b> | <b>Pa. Iv. Jositsch. Beschwerdeberechtigung bei Haftentscheiden</b>  |
- 

Bericht der Kommission für Rechtsfragen vom 15. Januar 2021

---

Die Kommission für Rechtfragen des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 15. Januar 2021 das weitere Vorgehen zu den obengenannten parlamentarischen Initiativen besprochen.

Mit den Initiativen werden Änderungen zu verschiedenen Themen in Zusammenhang mit der Strafprozessordnung verlangt.

### Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme die vier genannten Initiativen abzuschreiben.

Im Namen der Kommission  
Die Präsidentin:

Laurence Fehlmann Rielle

#### Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stand der Vorprüfung
- 3 Erwägungen der Kommission



## 1 Text und Begründung

### 1.1 Text

[12.463]

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und auf Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Artikel 118 der Strafprozessordnung (SR 312.0; StPO) ist zu ergänzen, mit dem Ziel, dass Angehörige von Opfern, die aufgrund der strafbaren Handlung verstorben sind, sich als Privatklägerschaft konstituieren können, selbst wenn sie gegen den Täter keine Zivilklage erheben können.

[12.492]

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und auf Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Artikel 81 Absatz 1 Buchstabe b des Bundesgerichtsgesetzes (SR 173.110) zum Beschwerderecht wird durch den Zusatz einer neuen Ziffer 4 wie folgt geändert:

Art. 81

Abs. 1

...

Bst. b

...

4. die Privatklägerschaft, wenn der angefochtene Entscheid sich auf die Beurteilung ihrer Ansprüche gegen ein öffentliches Gemeinwesen oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft auswirken kann, sofern diese allein für den Schaden aufkommen müssen, der von der beschuldigten Person verursacht wurde,

...

[12.495]

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Artikel 221 der Strafprozessordnung (StPO) ist dahingehend zu ergänzen, dass Untersuchungshaft auch bei sogenannter qualifizierter Wiederholungsgefahr angeordnet werden kann, also wenn ernsthaft zu befürchten ist, die beschuldigte Person werde ein schweres Delikt begehen, sofern das Verfahren ein gleichartiges Verbrechen oder Vergehen betrifft.

[12.497]

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Schweizerische Strafprozessordnung sei folgedemassen zu ändern:

Art. 222

Die verhaftete Person und die Staatsanwaltschaft können Entscheide über die Anordnung, die Verlängerung und die Aufhebung der Untersuchungs- oder Sicherheitshaft bei der Beschwerdeinstanz anfechten. Vorbehalten bleibt Artikel 233.



## 1.2 Begründung

[12.463]

Aus der Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Poggia 12.3355 vom 2. Mai 2012 geht hervor, dass Angehörige von verstorbenen Personen, die nicht als Rechtsnachfolger die Verfahrensrechte der verstorbenen Person (Art. 121 Abs. 1 StPO), sondern eine unmittelbare Verletzung ihrer eigenen körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität geltend machen, sich gemäss der Strafprozessordnung nicht als Privatklägerschaft konstituieren können, es sei denn, sie machen eigene zivilrechtliche Ansprüche gegen die beschuldigte Person oder die beschuldigten Personen geltend.

So ist die Konstituierung als Privatklägerschaft nicht möglich, wenn die geschädigte Person nicht gestützt auf kantonales oder eidgenössisches Recht eine Zivilklage gegen die beschuldigte Person erheben kann - so etwa gegen medizinisches Personal öffentlicher Spitäler.

Ob sich also die Angehörigen als Privatkläger am Verfahren beteiligen können oder nicht, hängt davon ab, ob der Tod des Opfers durch eine strafbare Handlung einer Person hervorgerufen wurde, gegen die eine Zivilklage erhoben werden kann.

Indem es also zwei Kategorien von Angehörigen gibt, entsteht eine Ungleichheit, die sich keineswegs rechtfertigen lässt und die sogar gegen die Idee des Strafrechts verstösst, das zum Ziel hat, den Opfern ein einfaches und effizientes Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Personen, die eine strafbare Handlung gegen Leib und Leben begangen haben, auch rechtlich belangen zu können.

Artikel 118 StPO sollte daher ergänzt werden, damit Angehörige, die unmittelbar und persönlich vom Tod einer Person betroffen sind, der durch eine strafbare Handlung hervorgerufenen wurde, sich als Privatklägerschaft konstituieren können.

[12.492]

Mit dem Inkrafttreten der neuen Strafprozessordnung (SR 312.0) stellte sich die Frage, ob ein Opfer im Sinne des Opferhilfegesetzes (OHG; SR 312.5) im Rahmen eines Verfahrens als Partei auftreten kann, selbst wenn das Opfer direkt gegen die beschuldigte Person keine zivilrechtlichen Ansprüche geltend machen kann.

Dies ist jedes Mal dann der Fall, wenn aufgrund des Bundesgesetzes oder eines kantonalen Gesetzes ein öffentliches Gemeinwesen oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft allein für den Schaden an Dritten verantwortlich gemacht wird, der von einem ihrer Beamten oder Angestellten verursacht wurde, welche jedoch von einer direkten Anklage ausgeschlossen sind.

In seiner Antwort vom 4. Juli 2012 auf die Interpellation Poggia (12.3355) hat der Bundesrat erklärt, dass sich eine durch eine strafbare Handlung geschädigte Person als Privatklägerschaft konstituieren und sich damit als Partei am Verfahren beteiligen kann, und zwar unabhängig davon, ob sie direkt gegenüber der beschuldigten Person Zivilansprüche geltend machen kann oder nicht. So kann sich etwa ein Patient eines öffentlichen Spitals im Verfahren gegen einen Arzt als Privatkläger beteiligen, wenn er geltend macht, der Arzt habe ihm gegenüber wegen falscher Behandlung eine Körperverletzung begangen. Die Frage nach der Zulässigkeit einer Beschwerde beim Bundesgericht blieb jedoch offen.

Das Recht, als Privatklägerschaft aufzutreten und in den Genuss der Verfahrensrechte zu kommen, kann also nicht infrage gestellt werden, selbst wenn die geschädigte Person gegen die Urheberin oder den Urheber der strafbaren Handlung nicht direkt vorgehen kann. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn es sich bei der beschuldigten Person um einen Polizeiangehörigen, einen Arzt eines öffentlichen Spitals oder ganz einfach um einen Chauffeur einer Bundesbehörde oder einer kantonalen Behörde handelt.



Das Bundesgericht hat über einen Fall entschieden, bei dem es um genau die Frage geht, die Gegenstand dieser Initiative ist. Durch den entsprechenden Bundesgerichtsentscheid vom 12. Oktober 2012 (1B\_586/2012) wird aufgezeigt, dass ein dringender Handlungsbedarf in dieser Sache besteht:

Das Bundesgericht entschied in dem Fall, dass die beschwerdeführende Partei das Urteil der zweitinstanzlichen Strafkammer, in dem die Klage der beschwerdeführenden Partei gestützt auf Artikel 81 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 BGG abgewiesen wurde, nicht anfechten kann, da sie weder gegen Spital x noch gegen dessen Angestellte Zivilansprüche geltend machen konnte.

Das Bundesgericht hat sich in seinem Entscheid zudem auf seine vorangegangene Rechtsprechung (BGE 133 IV 228, S. 231) berufen, gemäss der ein Opfer, das im Sinne von Artikel 2 OHG in seiner körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist, nur dann Beschwerde erheben kann, wenn sich der angefochtene Entscheid auf die Beurteilung seiner Zivilansprüche auswirken kann (vgl. BGE 131 I 455 E. 1.2.1, S. 458; BGE 128 I 218 E. 1.1, S. 219f).

Die aktuelle Rechtslage führt dazu, dass eine geschädigte Person beim Bundesgericht einmal Rechtsmittel einlegen kann und einmal nicht, je nachdem, ob die beschuldigte Person einem öffentlichen Gemeinwesen oder einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft angehört oder nicht.

Eine solche Ungleichbehandlung ist ungerechtfertigt und wurde vom Parlament sicherlich nicht beabsichtigt. So werden beispielsweise Patientinnen und Patienten eines öffentlichen Spitals Geschädigte zweiter Klasse mit beschränkten Rechten, obwohl ganz offensichtlich auch in ihrem Fall das Recht auf Schadenersatz direkt vom Ausgang des Strafverfahrens beeinflusst wird.

Da Ziffer 4 in Artikel 81 Absatz 1 Buchstabe b infolge einer Aufhebung des früheren Textes durch Anhang 1 Ziffer II 3 der Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 mit Wirkung seit 1. Januar 2011 leer steht, ist es angebracht, an dieser Stelle den vorgeschlagenen Text einzufügen.

#### [12.495]

Die StPO sieht in Artikel 221 einzig die Wiederholungsgefahr als Haftgrund vor, wenn der Täter bereits früher gleichartige Straftaten verübt hat. Wenn bei Ersttätern die Gefahr einer Wiederholungstat besteht (sogenannte qualifizierte Wiederholungsgefahr), ist Untersuchungshaft dagegen nicht respektive gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung nur in Ausnahmefällen möglich (siehe dazu BGE 137 IV 13). Eine solche qualifizierte sah beispielsweise die Zürcher Strafprozessordnung vor.

#### [12.497]

Artikel 222 sieht einzig die Beschwerdelegitimation für die verhaftete Person vor. Das Bundesgericht hat wiederholt festgestellt, dass auch die Staatsanwaltschaft - insbesondere bei Haftentlassungsentscheiden - Beschwerdeberechtigung braucht, um einen entsprechenden Entscheid anfechten zu können (siehe z. B. BGE 137 IV 87). Es ist daher sinnvoll, das Gesetz der gelebten Rechtswirklichkeit anzupassen.

## 2 Stand der Vorprüfung

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat den Initiativen 12.463 und 12.492 am 6. September 2013 und den Initiativen 12.495 und 12.497 am 24. Oktober 2013 Folge gegeben. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates hat diesen Beschlüssen am 10. Februar 2014 (12.495) beziehungsweise am 15. Mai 2014 (12.463; 12.495; 12.497) zugestimmt. Am 18. März 2016 verlängerte der Nationalrat die Frist um zwei Jahre. Am 14. Dezember 2018 verlängerte der Nationalrat die Frist wiederum um zwei Jahre.



### 3 Erwägungen der Kommission

Nachdem die RK-S am 15. Mai 2014 eine Grundsatzdiskussion vor dem Hintergrund verschiedener Vorstösse in Zusammenhang mit der Strafprozessordnung führte, kam sie zum Schluss nicht voreilig in das neue Regelwerk eingreifen zu wollen und beauftragte den Bundesrat, nach einer Prüfung der Praxistauglichkeit der geltenden Strafprozessordnung, dem Parlament die erforderlichen Gesetzesanpassungen vorzulegen. Die entsprechende Änderung der Strafprozessordnung (19.048) befindet sich derzeit im parlamentarischen Verfahren.

Die Anliegen der Initiativen 12.495 und 12.497 wurden im Rahmen der Beratungen zur Änderung der Strafprozessordnung aufgenommen. Das Anliegen der parlamentarischen Initiative 19.463 wurde weder vom Bundesrat noch von der vorberatenden Kommission des Nationalrates aufgebracht. Auch zeigte sich während den Vorberatungen der RK-N kein Handlungsbedarf bezüglich dem Anliegen der parlamentarischen Initiative 12.492.

Aufgrund dieser intensiven Auseinandersetzung des Parlaments mit Fragen zur Strafprozessordnung erachtet es die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates als angebracht, diese Initiativen abzuschreiben. Die Änderung der Strafprozessordnung bot die Möglichkeit im Rahmen einer Gesamtschau die Anliegen der parlamentarischen Initiativen aufzunehmen und zu beraten. Die Kommission ist der Ansicht, dass es nicht angezeigt ist, direkt nach der Revision der Strafprozessordnung wiederum in diesem Bereich aktiv zu werden und die Strafprozessordnung vereinzelt anzupassen zumal die Anliegen der Initiativen im Rahmen dieser Vorlage thematisiert wurden.